

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
vertrieb, sowie im Post-
amt. Verh. M. 1.80. Post-
befreiung. Verh. 1.80.
Preis einer Nummer
10 Pf.

Im Falle des Umzugs
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Ausdrägerinnen
jederzeit entgegen.

Verantwortl. Nr. 4.
Herrn Dr. H.
D. R. - Geschäft, Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Zeile
über deren Raum 25 Pf.
Reklame-Zeile 50 Pf.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenentwurf
20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nachver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Fortfüh-
rungen treten sofort alle
früher vereinbarten
Bedingungen außer Kraft.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für die Nachr. wird keine
Gewehr übernommen.

Nr. 11. Samstag den 14. Januar 1928. 86. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Nach ostwärtiger Pause trat in dieser Woche zum erstenmal im neuen Jahr wieder das Plenum des Landtags zusammen, um neben kleineren Vorlagen vor allem den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1928 in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden. In der Zwischenzeit war der Etat durch den Finanzausschuss gegangen mit dem Erfolg, daß das ursprüngliche Defizit in der Regierungsvorlage in Höhe von 103 Millionen Mark infolge der Ausgabenparagrafen auf 144 Millionen Mark erhöht ist. Es bedarf einer starken Selbstbeschränkung des Landtags, diese ungeheure Summe nicht noch weiter zu erhöhen, eine Gefahr, die diesmal umso größer ist, als Landtagswahlen vor der Tür stehen. Wie der Finanzminister in einer Finanzausschussung mitgeteilt hatte, besteht eher Aussicht, daß infolge der erhöhten Steuereingänge und der höheren Steuerüberweisungen durch das Reich es gelingen wird, das Jahr 1928 doch noch ohne Defizit abzuschließen, wozu nicht die Parteien durch neue Agitationsparagrafen den Handball zu sehr belasten.

Einen breiten Raum nahm in den ersten Tagen nach Landtagsaufenthalt die Debatte über die kommende Verwaltungs- und Verfassungsreform des Reiches und der Länder ein. Die Frage ist in diesen Tagen umso mehr akut, als schon am 17. und 18. Januar d. J. in Berlin eine Vorkonferenz stattgefunden, auf der der vormalige Staatspräsident Dr. Brüning über diese Fragen ein wichtiges Referat gehalten wird. Ueber die Vorbereitungen zur Konferenz ist bis jetzt wenig bekannt geworden. Die Reichsregierung gedenkt der Konferenz aber eingehende Vorschläge zu unterbreiten. Auf der anderen Seite haben auch die Länder Gelegenheit, ihrerseits Anträge zu stellen. Vor den Wahlen aber ist erklärlicherweise keine Partei ernstlich bereit, an dem bestehenden Zustand etwas ändern zu lassen. Politische Entscheidungen werden daher auf der nächsten Vorkonferenz kaum getroffen werden; sie wird höchstens den Charakter einer vorbereitenden ersten Aussprache haben.

Zur Förderung der Besprechungen nach einer Verfassungsreform hat Reichsminister a. D. Dr. Luther einen Bund zur Erneuerung des Reiches gegründet, dem Männer aus fast allen Parteien, vor allem aus der Wirtschaft, beigetreten sind. Die politischen Parteien selbst haben die Neugründung ziemlich kühl aufgenommen, ja von sozialdemokratischer Seite wurde sie direkt als unnütze Vereinnahmung bezeichnet. Die eigentlichen Ziele der Neugründung sind auch wirklich noch nicht recht zu erkennen, da der Auftrag des Bundes nur ganz allgemein gehalten ist und keinen bestimmten Weg weist. Man wird erst versuchen müssen, sich auf einen gemeinsamen Plan für den Neuaufbau des Reiches zu einigen. Mehr als eine Klärung der Begriffe und eine Veranschaulichung einzelner Ziele wird kaum zu erreichen sein, die praktische Arbeit aber wird doch nur von den Parteien in den Parlamenten geleistet werden können.

Frankreich hat auf seinen Vorschlag an die Vereinigten Staaten, einen Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten als ungeschwächt zu erklären, eine unerwartete Antwort erhalten. Amerika lehnte nämlich einen solchen Sondervertrag mit Frankreich ab und bezeichnete einen Verzicht auf jeden Krieg, also auch auf Kriegsverbrechen, einen Verzicht auf alle wichtigen Rechte, auch Deutschland, betreten sollen, als erwidernswert. Diese Antwort hat in Frankreich sehr enttäuscht. Frankreich befürchtet nämlich, daß, falls Deutschland mit Amerika einen solchen Vertrag eingetragene, Amerika im Falle eines deutsch-französischen Krieges Frankreich nicht mehr zu Hilfe kommen könnte. Die Vereinigten Staaten sind sich über die Schwierigkeiten ihres Vorschlags wohl bewußt und die Abwicklungsverhandlungen in Genf haben gezeigt, daß mehr als unverbindliche Erklärungen von den Hauptmächtern vorzuziehen sein dürften.

Deutschland.

Mainz, 13. Jan. Das Finanzverbot für den Hingabens Wiesbaden-Mainz ist durch die Besatzungsbehörde aufgehoben worden. Wie zuverlässig verlautet, hat die Besatzungsbehörde Hänge nach Saarbrücken und Köln genehmigt.

Die Entenostandards für 1928.
Stuttgart, 13. Jan. Die Regierung hat auf eine kleine Anfrage wegen der Entenostandardschen was folgt geantwortet: Die Württembergische Notendank hat seinerzeit nach Verhandlungen mit der Regierung dem württembergischen Sparkasten-Verband 2 Millionen RM zu Notendandardschen für Umverteilschäfte überwiesen. Der Betrag kamme aus den Postkassenscheinen, die die Oberpostdirektion Stuttgart der Notendank überlassen hatte. Eine allgemeine Verlängerung der Rückzahlung und ein allgemeiner Verzicht auf die Rückzahlung kann schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil ein Teil der Geldbeträge bereits zurückbezahlt worden ist. Soweit die Darlehen aus besonderen Gründen am Verfalltag nicht zurückbezahlt werden konnten, wurden sie von den beteiligten Stellen den Amtskörperstellen in dem Sinne, den die Oberpostdirektion jeweils bestimmt, bis auf weiteres ohne Aufsatz gestundet. In besonderen Notendandardschen kann die Zentralleitung für Wohltätigkeit mit Beiträgen aus der Notendandardschen gebeten werden.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim für den Bund zur Erneuerung des Reiches.
Nach Mitteilungen aus München hat der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichsminister a. D. Dr. Luther, während seines Münchener Aufenthaltes auch eine Unterredung mit Oberamtsrat Dr. Heim gehabt. Dr. Heim soll sich im Gegensatz zu dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Selb der Neugründung gegenüber nicht ablehnend verhalten haben. Die „Rechtliche Zeitung“ sagt, daß die Unterleitung des Bundes durch den Bauernführer geändert sei, und zwar deshalb, weil Heim darin ein Augenmerk darauf sieht, daß die Weimarer Verfassung allgemein als verbesserungsbedürftig betrachtet werde. Nach der „Rechtlichen“ habe Dr. Heim in der Lutherischen Gründung eine Art Sammelruf erteilt, den die Bayerische Volkspartei nicht überhöhen dürfe. Er forderte

deshalb die Partei zur Mitarbeit auf. Der frühere bayerische Innenminister Dr. Schöcher ist in den Arbeitsausschuß des Bundes eingetreten.

Die Rheinlandkommission sucht sich zu verteidigen.
Die kürzlich verbreitete Meldung über eine Verfügung des General-Gauleiters, die das Verbot der Befehlsstrafen gegenüber der Zivilbevölkerung betrifft, ist von der Rheinlandkommission als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet worden. Demgegenüber kann berichtet werden, daß eine derartige Anweisung tatsächlich vorliegt. Der Sachverhalt ist es natürlich gleichgültig, ob es sich um einen „Befehl“, eine „Verfügung“ oder eine „Anweisung“ von internen militärischen Kreisen handelt.

Die Beratung des Schulgesetzes.
Berlin, 12. Jan. Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde heute Paragraf 13 des Reichsschulgesetzes in folgender Fassung angenommen: Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. Die Zahl der Geistlichen darf die Zahl der den örtlichen Schulverwaltungsorganen angehörenden Vertreter der Lehrerschaft nicht übersteigen. Bei der Befugnis der Zerstörung der unmittelbaren schulpflichtigen Schulaufsichtsberechtigten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. In die örtlichen Schulverwaltungsorgane für Schulen, in denen Religionsunterricht erteilt wird, ist ein Geistlicher der entsprechenden Religionsgemeinschaft aufzunehmen. Den Geistlichen beruht die Schulaufsichtsbefugnis auf Vorschlag der betreffenden Religionsgemeinschaft. Das Nähere bleibt dem Landesrecht überlassen. In den Ländern, in denen der örtlichen Schulverwaltungsorgane auch Aufgaben der Landesschulverwaltungsinstanzen übertragen sind, ist die Teilnahme dieser Vertreter der Religionsgemeinschaften an der örtlichen Schulverwaltung durch Landesgesetz zu regeln. Der Zentralvorstand des Reichstags erklärte, die Stellung des Zentrums zum Religionsunterricht ist durch das gesamte katholische Verbot bestimmt. Die angeordnete gesetzliche Regelung könne das Zentrum deshalb nur als Kritik betrachten. Der Ausschuss wandte sich dann dem Paragrafen 14 und 16 der Vorlage zu, die den Religionsunterricht in den Volksschulen und die Einführung in den Religionsunterricht behandeln. Abgeordneter Dr. Baum (Dn.) begründete den geltend gemachten Kompromißantrag der Regierungsparteien. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Die Aussichten des Schulgesetzes. — Der kritische § 20.
Berlin, 12. Jan. Ueber die Situation in den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz erfahren wir aus dem Reichstags, daß man in leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei von der gestern erzielten Regelung des § 16 durchaus befriedigt ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die geistliche Schulaufsicht durch die heutige Form des § 16 ausgeschlossen ist. Die Einführung habe nur den Charakter der Information und schließe jede Kritik, Anordnung und Kontrolle des Religionsunterrichtes durch die kirchlichen Behörden aus. Das einzige Recht des Einführungsbehörden bestünde darin, wenn der Religionsunterricht noch seiner Ausübung nicht den Lehren der Kirche entspreche, eine Eingabe an die vorgesetzte Schulbehörde zu machen. Dieses Recht sei jedoch kein Sonderrecht, sondern bestehe ebenso allen Eltern zu. Verteidigung beruht in volksparteilichen Kreisen auch über das Kompromiß, das die Beauftragung des Ortsgeistlichen als solchen ausschließt. Die Worte „als solchen“ bedeuten, daß man dem Geistlichen an sich nicht die Einbeziehung in die Beauftragung nehmen wollte. Er kann den Auftrag aber nur bekommen, wenn er gleichzeitig in den „oberen Stellen“ gebort. Im weiteren Verlauf der Beratungen soll noch festgelegt werden, daß nicht durch Ausführungsbestimmungen der Länder aus den Worten „als solchen“ die frühere geistliche Schulaufsicht auf Umwegen wieder eingeführt wird. Ferner wird betont, daß die Rücknahme nach der Regelung des § 16 für den Staat gleich null sei, da die Einführung eine Angelegenheit der Kirchen ist. Im Gegensatz zu dieser Beurteilung des § 16 sieht man in beteiligten volksparteilichen Kreisen die Aussichten des § 20 (Simultanschuländer) sehr pessimistisch an, nachdem die Parteien bei den gestrigen Beratungen erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, einem Kompromiß zuzustimmen. Der § 20 wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zur Beratung stehen. Die einzige Möglichkeit ihn durchzuführen, wird nach der angegebenen Quelle darin gesehen, daß die Sozialdemokratie entsprechend ihren Kreis Schulbeschlüssen für den volksparteilichen Standpunkt nimmt, der die bisherigen Simultanschuländer dauernd von der Neuregelung ausnehmen will. Unklar wäre aber auch in diesem Falle die Haltung des Zentrums sein, so daß jedenfalls im Augenblick trotz des Kompromisses über den § 16 die Aussichten des Schulgesetzes noch immer außerordentlich zweifelhaft sind.

Keine weitere Mietsteigerung in absehbarer Zeit.

Berlin, 12. Jan. Der Gesamtschulsausschuß des Reichstags wandte sich gestern nach dem Ausschluß dem Etat des Reichsarbeitsministeriums zu, dessen Beratung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einleitete. Der Minister wies darauf hin, daß die gute Konjunktur wesentliche soziale Fortschritte erleichtert habe. Die Annahme der Arbeitsverträge werde mehr als früher gewährleistet durch die Einführung der Arbeitsgerichte, die reibungslos vor sich ginge. Der Arbeiterschutz habe ebenfalls eine wesentliche Angelegenheit erfahren. Der Gedanke der Verwaltungsreform werde auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung Anwendung finden müssen. Die Arbeitsmarktentwicklung sei in letzter Zeit ungünstig. Das erkläre sich in der Hauptsache aus dem winterlichen Wirtschaftsverhältnissen. Der Minister erklärte weiter die Bestrebungen zur Verbilligung des Bauens. Für eine Steigerung der gesetzlichen Miete beste die Reichsregierung den Zeitpunkt in absehbarer Zeit nicht für gegeben. Ganzfrier als das Wohnungswesen habe sich das Mietungsproblem entwickelt. Die Kosten des Wohnungswesens würden in der Öffentlichkeit unheimlich übertrieben. Sie betrügen tatsächlich nur 3,5 bis 4 Prozent der Ausgaben für die gesamte Mietsunterhaltung. Der Minister schloß mit der Feststellung, daß auf Jahre schwerer Erleichterung der sozialen Verhält-

nisse eine schrittweise oder planmäßige Aufwärtsbewegung erfolgt sei.

Unfreundliche sozialdemokratische Kritik am Ernährungsbund.
Berlin, 12. Jan. Raben alle Parteigänger haben sich zu dem Ernährungsbund zunächst kühl und abwartend geäußert. Der „Vorwärts“ aber äußert sich unfeindlich und wegwerfend. Der „Vorwärts“ ist einem von den drei sozialdemokratischen Unterzeichnern, dem früheren brennischen Ministerpräsidenten Paul Dietrich, der seit einiger Zeit als Bürgermeister in Dortmund amtiert, ins Gebein gefallen. Er schloß dem „Vorwärts“ folgende Erklärung: „Gelegentlich einer Zusammenkunft der Landesdirektoren im Sommer vorigen Jahres bin ich von einem der Teilnehmer gebeten worden, einen Aufsatz zu Gunsten einer Bewegung für den Ernährungsbund zu unterzeichnen. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, daß die Errichtung der ernährungsrechtlichen Republik eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß nichts versäumt werden darf, was uns diesem Ziel näherbringt, habe ich mich dazu bereit erklärt und die Unterzeichnung gegeben. An irgend einer Besprechung habe ich nicht teilgenommen. Insbesondere nicht an der Gründungsversammlung. Nachdem ich erkannt habe, was hinter der Bewegung steckt und nachdem ich weiter gesehen habe, daß die Landesparteien aus dem Aufsatz Kapital für sich zu schlagen suchen, habe ich dem Ausschuss mitgeteilt, daß ich meine Unterzeichnung zurückziehe. Irrend welche Beziehungen zu dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ habe ich nicht.“

Deutsche Initiative bei der Aufhebung der Reparations-Schulden.

Berlin, 13. Jan. Der „Matin“ hatte behauptet, daß die deutsche Regierung von den Reparationsverträgen gewußt habe. Dazu erklärt die „Germania“, daß das deutsche Sachverständigenbüro in Paris Anfang Dezember Verhandlungen nehmen mußte, den französischen Sachverständigen auf Unfreundlichkeit aufmerksam zu machen, die ausnehmend bei einigen Reparationsverträgen obwalteten. Daraufhin veranstaltete Untersuchungen hatten den Verdacht unzulässiger Geschäfte bekräftigt, worauf der französische Minister für Heilliche Arbeiten die Präzedenz der verbotenen Gebiete angewiesen hat, in eine Preisbegünstigung der vorgelegten Reparationsverträge einzutreten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade die deutschen Instanzen es waren, die zuerst auf die Schattierungen hinwiesen und den Kontakt zu ihrer Aufhebung gaben.

Ausland.

Zur Fortsetzung der Sowjetausstellung in Brüssel.

Die gemeldeten Studentenaufrührungen erregten sich bei der Eröffnung der von der Gesellschaft für intellektuelle Beziehungen zwischen Belgien und Russland veranstalteten Ausstellung. Als sie die Fortsetzung vollendet hatten, zogen sich die Studenten geschlossen zurück, wobei sie Flugblätter vertrieben, die die Unterzeichnung trugen: „Die nationale belgische Jugend“. Auch auf der Straße verteilten sie dezentrierte Flugblätter, die die Forderung enthielten, die Belgier möchten sich gegen die Sowjetvereinigen. Zwei Teilnehmer an den Ausschreitungen erklärten der „Nation Belge“: Wir haben so gearbeitet, um gegen die Schamhaftigkeit von Allgen zu protestieren. Wir haben uns jeder Gewalttat gegen Personen enthalten.“

Herriot droht mit Demission.

Paris, 13. Jan. Die getrige Kommunistenschlacht in der Kammer hat keine zufriedenstellende Sieger geschaffen. Die Spannungen zwischen rechts und links sind durch die gestrigen Abstimmungen nicht entladen. Jedermann hat den bestimmten Eindruck, daß der getrige Tag keine dauernde Lösung gebracht hat. Besorgend für den unklaren Ausgang der Kontroverse ist die Tatsache, daß nachträglich außerordentlich starke Vertretungen an den Abstimmungsresultaten vorgenommen wurden. Infolge eines Stimmentausches von 310 gegen 27, wie es von der Kammertribüne aus verkündet wurde, meldet heute das „Journal“ offiziell nur noch 26 Stimmen gegen 176 Stimmen. Der Grund für diese auffällige Änderung bildet die Demissionsdrohung des Unterrichtsministers Herriot. Die Fragestellung war derart akut, daß eine Delegation der radikalen Partei unter Führung des Fraktionspräsidenten Cazals nach der Kammerstimmung zu Herriot eilte, um mit ihm zu verhandeln und ihn zu bitten, seine Demission nicht einzureichen. Die Anklagenbeschuldigungen dauerten außerordentlich lange an und endeten damit, daß rund 30 Radikale, die anfänglich gegen die Regierung gestimmt hatten, sich nachträglich der Stimme enthielten. Nur noch 21 brachten den Mut auf, auch jetzt noch dem Parteiführer Daladier treu zu bleiben. Herriot hat daraufhin durch seine Freunde alle Demissionsgerüchte dementieren lassen.

Nach-Weiser bei Briand.

Paris, 13. Jan. Die Verhandlungsglieder der Bancruptrischen Liga, unter denen sich auch der Reichsstaatssekretär nach-Weiser befindet, wurden gestern von dem Deputierten Vauclair dem Außenminister Briand vorgestellt, der sich des längeren mit ihnen unterhielt. Briand folgte der Delegation zu, er werde auf dem nächsten bancruptrischen Kongreß das Wort ergreifen. Er äußerte sich sehr zuversichtlich über den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa und machte auch mit großer Begeisterung auf die Tendenzen Moskows aufmerksam, mit den europäischen Hauptmächten in ein gutes Einvernehmen zu kommen.

Italienisch-französischer Grenzstreifenfall.

Von Quon wird gemeldet: Ein neuer Grenzstreifenfall hat sich an der französisch-italienischen Grenze ereignet. Zwei Grenzdarmer und zwei Zollbeamte, die eine Rechtecke ausmessen wollten, trafen auf französischem Boden zwei Kilometer von der italienischen Grenze zwei italienische Carabinieri. Die Carabinieri ergriffen die Hände. Die Franzosen verfolgten sie auf Ebern und ergriffen sie, noch ehe die Italiener die Grenze passieren konnten. Die beiden Italiener trugen geladene

Warenlager in
konfektion
gen Preisen!
und Kleider
guten Qualitäten
teilweise bis
des Wertes
Wollf
konfektion
Gold- u. Silberarbeiter,
stille Birkenfeld.
Januar 1928, mittags 2 Uhr.
Verammlung
ordnung:
Kassen- und Revisionsbericht.
4. Verschiedenes.
glieder, pünktlich und vollständig
Vorstand: H. H. Roth.
amstag abend 8 Uhr findet im
zum „Schiff“ eine
Versammlung
Um vollständiges Erscheinen
Der Vorstand.
bestände
kommen und fort!/
rabatt
Alles recht Kopf!
Möbel-G.m.b.H.
heim, Durlacherstr. 8
Birkenfeld.
Suche auf 1. Februar oder
1. März schöne
2 Zimmer-Wohnung.
Angebote unter Nr. 56 an
die Agentur ds. Bl. erheben.



Festhalle Neuenbürg: Samstag den 4. Februar 1928
Großer öffentlicher

MASKEN-BALL



veranstaltet vom **Musik-Verein Neuenbürg.**

Ball-Musik: Harmonie- und Streich-Orchester (2 Kapellen, 26 Mann). Ununterbrochener Tanz. Prämierung der schönsten Masken. Weiteres folgt.
Der Vorstand.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Am Mittwoch, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Bären“
Lichtbilder-Vortrag
durch Herrn Dr. Brönnert, Reichszentrale für Heimadient, über:
„Deutschlands wirtschaftliche Kraftquellen.“
(Kohlenlager, Kohlenhandel, Kohlenenergie, die deutsche Braunkohle, Erdölgebiete, Kaliwerke, Wasserkraftwerke, Wasserstraßen, Reichsbahn, Steinbrüche, Ackerboden.)
Eintritt frei!
Hierzu wird die Einwohnerschaft von hier und Umgebung freundlichst eingeladen.
Gemeinderat.

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt
einen Beitragseinziger
mit dem Dienstsitz in Neuenbürg, der auch Krankenkontrolle ausüben hat. Ständige pensionsberechtigter Anstellung nach längerer Probezeit bei Eignung in Aussicht gestellt; Bezahlung erfolgt nach der staatlichen Besoldungsordnung. Bedingungen: Alter zwischen 25 und 30 Jahren, gute Gesundheit, gute Allgemeinbildung, unbedingte Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit. Der Bewerber muß ferner in der Lage sein, ein Personenauto zu führen, zu warten und zu pflegen, auch kleinere Reparaturen an demselben selbst vorzunehmen, sowie den Führerschein besitzen. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf und belegt mit Zeugnissen über Vorbildung und Ausbildung sind bis spätestens 28. Januar 1928 zu richten an die **Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.**

Bezirks-Arbeitsamt
Telefon Nr. 53.

Wir suchen einige 16-18jährige Hilfsarbeiterinnen.

Einzug v. Forderungen jeder Art durch **Judasso-Geschäft Wölfinger, Neuenbürg.**

Jeder kann sparen! Verlangen Sie nur noch



An Quantität u. Qualität nachweisbar unübertroffen. Mit dem neuen Oelfner!

Birkenfeld. Ein gut erhaltener

Herd

(schwarz) Größe 50 auf 70, noch wie neu, ist preiswert zu verkaufen.

Bahnhoftstraße 11. Birkenfeld.

Zum **Hand-Stricken** wird jederzeit angenommen.

Frau Luise Seufzer, Im Eck 5, Arnbach.

Junge, hochtrachtige **Kuh- und Fährhuh** ist zu verkaufen

Hans Nr. 29.

Evang. Kirchenchor Neuenbürg.

Wiederbeginn d. regelmäßigen Singstunden am Montag den 16. Januar 1928, abends 8 Uhr, im Schulhaus. Sangesfreudige Damen und Herren sind herzlich willkommen.

Neuenbürg. Auf ein Büro wird zum Frühjahr ein

Junge oder Mädchen

zur gründlichen kaufmännischen Ausbildung gesucht. Angebote unter F. 200 an die „Eztäter“-Geschäftsstelle.

Hypotheken-Gelder von 1000 Mk. aufwärts gegen

Lund & Kacht jederzeit

Alber & Co. GmbH Stuttgart

Schellingstr. 15 Fernsprecher 2244

Musik-Instrumenten, gebrauchte, bereit

neu, Violinen N. 7, Gitarren N. 8, allerlei Zithern N. 5 und 10, Mandolinen N. 5

Zusammen von N. 2 an bei E. Hohnloser, Pforzheim, Poststr. 27 (Pflanzhofstr.)

Kindertotes Ehepaar sucht zum Frühjahr

3 bis 4 Zimmer-Wohnung

in Calmbach. Angebote mit Preisangabe und der Möglichkeit des Bezugs der Wohnung unter

N. G. 104 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Gewerbe-Verein Birkenfeld. Einladung!

Steuerfachverständlicher Alberts hält am Sonntag den 15. Januar, nachm. 5 Uhr, in der „Aussicht“ einen Vortrag über das Thema: „Welche Rechte hat der Gewerbetreibende gegenüber der Steuerbehörde?“ Auch Nichtmitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Gemischter Chor Arnbach. Einladung!

Zu der am Sonntag den 15. Januar 1928 im Gasthaus zum „Ochsen“ stattfindenden Feier ladet freundlichst ein

der Ausschuß.



Achten Sie auf unsere hervorragenden Qualitäten und unsere billigen Preise

Ausstellungen.

Pforzheim, Schloßberg 19

Karlsruhe - Mannheim - Pforzheim - Freiburg - Konstanz - Rastatt - Frankfurt a. M. und Stuttgart.

Süddeutsche Möbel-Industrie Gebrüder Grezger G.m.b.H. Rastatt

Lehrlinge und Lehrmädchen

für nachstehende Abteilungen zur gründlichen Ausbildung auf Ostern gesucht:

- Goldschmiede, Fasser, Kettenmacher, Zurechter, Presser, Polierseifen, Kettenmacherinnen, Emailleusen, Goldschmiedinnen, Anschauerinnen.

Rodi & Wienberger

Aktiengesellschaft für Bijouterie und Kettenfabrikation, Pforzheim.

Fasser-Lehrlinge, Goldschmieds-Lehrlinge, Polierseifen-Lehrmädchen

werden zur gründlichen Ausbildung angenommen
Rihenmaier & Reister, Pforzheim, Poststraße 66.

Sefangbücher

empfehlen die **C. Wech'sche Buchhandlung, Neuenbürg.**

Schönbürg, den 12. Januar 1928.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem schweren Verluste unseres lieben Vaters

Philipp Baier

erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir den lieben Schwestern für ihre treue Pflege, dem Leichenchor für seinen erhabenden Gesang und dem Kriegerverein, Reichsbund der Kriegesbeschädigten und der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener für ihre Begleitung und letzten Gräße am Grabe unseres lieben Vaters, sowie allen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernde Gattin mit Kindern.

Die Hansfelleerei Hermann Balke Sohn in Wolfenbüttel b. Braunschw. fertigt als Spezialität an:

Wäscheleinen v. 7 Pf. je Meter an, Angelschnüre in Hanf u. Seide, Malerschnüre, Säge-Schnüre, Flaggeneinen, Loggeleinen, Fischereileinen, Seilerwaren, Turngeräte v. 4. - RM. an, Sportartikel, Negwaren, Feuerwehreleinen, Bergseile, Rettungsseilen, Hanfseile, Dichtungshanf, Vieh-Anbinde-Stricke, Vorfalbandagen.

Musterstücke kostenfrei!

Gemeinde Schwann.

Stammholz-Verkauf im schriftlichen Aufstreich.

Aus Abt. Sauwald um Hirschsprung werden verkauft:

H. III. IV. V. VI. XI.
Tannen-Stammh.: Fm.: 2 83 87 16 4 1
Abstn.: 7 3 5 3 1

Die bedingungslosen Angebote auf die einzelnen Lose sind spätestens bis Freitag den 20. Januar 1928, abends 7 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frischaut“ Birkenfeld.

Am Sonntag den 15. Januar **Tanzausflug** nach Niebelsbach ins Gasth. „Adler“.

Musik: Jazzband Apollo Diana. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Birkenfeld.

Suche auf 1. Februar oder 1. März schöne **2 Zimmer-Wohnung.**

Angebote unter Nr. 56 an die Agentur ds. Bl. erbeten.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E., Kinleghöfen, Lehenwärd.

Gräjenhausen. Eine gut gewohnte 35 Wochen trädttige

Kalbin

hat zu verkaufen **Wilhelm Schempf.**

Biffen-Karten

C. Wech'sche Buchhandlung, Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, 15. Januar (2. Sonntag nach dem Erscheinungsfest.) 10 Uhr Predigt (Rom. 12, 6-10, Lied Nr. 387).

Deban Dr. Wegerlin, 1/2 Uhr Christenlehre (Ehob); Stadtkirch. Leiter.

Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelkunde im Gemeindehaus. In Waldernach ist am Sonntag um 1/10 Uhr Gottesdienst, am Donnerstag, abends 8 Uhr Bibelkunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 15. Januar, 9 Uhr Predigt u. Amt. 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Zweite Blatt.

Nr. 11.

Witt

Stuttgart, 13. Jan. Großes Haus: Sonntag Dienstag: Hoffmanns Gardillac (7 1/2-9 1/2); De 10 1/4; Samstag: Duffel Sonntag, 22. Januar: Erich Gidelio (7 1/2-10 1/2); Witt (7 1/2-9 1/2). - Kleines Haus: Ronsbüttel (3 1/2-6 1/2). - Die Reise gegen Gott (7 1/2-10 1/2); Bischofsberg (7 1/2-10); R. ag: Heidebart von Onies Reise gegen Gott (7 1/2-9 1/2); Ronsbüttel (3 1/2-6 1/2). - 8. Jnstitutend (7 1/2-10 1/2); (7 1/2-9 1/2). - Wiederholte: a) Konzert-Hauptprobe (11-12); b) Konzert (7 1/2-9 1/2).

Wöppingen, 13. Jan. In angeführten Direktordate haben sich aus der herber gemeldet. Die Ensthattenden Amtsverjam

Seibronn, 13. Jan. (S) nachmittag 3 Uhr unternäh Köhner, wohnhaft in B. Abtreibungsversuch, an dem auf gestorben ist. Der Leichnam

Ertingen, 13. Jan. (S) Anfall ereignete sich in der dem Keller. Beim Herbeistreiben erlitt die Treibh. Wabens, Emma Dehle a. lichen die ganze Korbant wurde, auch hat sie innerbennernderte ist im hochgehungen erlegen.

Am 13. Jan. Todliche Handwirt Karl Geyhmann, Wanden zwischen seinem eingeleitet wurde, ist Dischweren Verletzungen geseerreichte ein Alter von 63 J. hnt unermündigen Kindern.

Stabensburg, 13. Jan. Jeugemeinschaft vertrieben, aus Saugau kammer B und die Währige Lan

Zur Bereitung

Supp
erwend
MAGG



Des He

Roman v

Fortsetzung.

„Da, mein Kind, do in den Tag hineinle vor allem freie ich mi habi. Pah auf, es mi wegefreundel zu haben, zu einlösig werden, l haben, mit dem sie sich a war sehr froh, daß der d mittig so gut verlaufen mett gezeigt, wie er la

So sympathisch Raff gegen ihren Willen - wegen das ruhige, blo ihre „Schönheit ob hatte eine Abnung, als ist einmal im Wege f

— Und Rothori siefer, stillenden Hinau bei ihr so felt, obwohl Wäre nur Gerda gar a über ihre dummen Geda Wamen! Dennoch hatte ist lieb gewonnen; Ge mulich gewesen — tro Anichten, die sie geäuß ihre Gefühl tam sie dod

Gade Rai war es e man sich in die Hände Sonnenchein lag auf de fAmmette so, daß einem

